

Vertrauen ist Gut, Kontrolle ist besser

Prüfung klimafreundlicher Alternativen zu Kohlekraftwerk gehört in unabhängige Hände

Mainz, 18.12.2006. Bei der morgigen Sitzung des Aufsichtsrats der Kraftwerke Mainz-Wiesbaden (KMW) darf der KMW-Vorstand nicht wie geplant freie Hand für die Beauftragung eines Kohlekraftwerkes in der Größenordnung von 1,2 Milliarden Euro bekommen. Das fordert die Bürgerinitiative Kohlefreies Mainz (KoMa) angesichts explodierender Kosten beim geplanten Kohlekraftwerk.

Im Nachgang zur Stadtratssitzung, bei der vergangene Woche auf Druck von Mainzer Bürgern über das Vorhaben entschieden wurde, wurde bekannt, dass die KMW bereits seit Anfang Januar intern mit einer um ca. 300 Millionen Euro höheren Investitionssumme rechnet. „Die Stadträte aller Parteien wurden unserer Ansicht nach ganz bewusst für blöd verkauft“, erklärt KoMa-Sprecher Patrick Hassenpflug. „Blindes Vertrauen auf die Kompetenz des KMW-Vorstandes muss endlich einer kritischen Kontrolle weichen!“ Nichts anderes ist nach Ansicht der Bürgerinitiative die Aufgabe eines Aufsichtsrates. Stattdessen entsteht zur Zeit eher der Eindruck, dass der KMW-Aufsichtsrat zu einem reinen Verein der Abnicker verkommen ist.

Als Begründung für die steigenden Kosten des Kraftwerkes wird eine Leistungssteigerung von den zunächst geplanten 750 auf 823 MW angeführt. „Wo bleiben kritische Finanzpolitiker in SPD, CDU und FDP, denen auffällt, dass damit einer Leistungssteigerung von 10% steigende Investitionskosten von über 30% gegenüber stehen?“ fragt Hassenpflug.

Außerdem kann seit Monaten allen Zeitungen entnommen werden, dass die EU-Kommission den deutschen Versuchen, Kohlekraftwerke die bis 2012 gebaut werden, großzügige Subventionen zukommen zu lassen, einen Riegel vorschiebt. „Die KMW ignorieren weiter diese Entwicklung, die zu deutlich steigenden Kohlestrom-Preisen führen kann, und trotzdem ist dies für unsere Kommunalpolitiker kein Grund für kritische Fragen. Wer wundert sich eigentlich noch über die Mainzer Verschuldung angesichts solcher Sorglosigkeit beim Umgang mit unseren Steuergeldern?“

Eine Pause der Planungen des Kohlekraftwerkes, wie sie mittlerweile von allen Wiesbadener Parteien gefordert wird ist auch nach Ansicht von KoMa überfällig. Hassenpflug: „In den vergangenen Tagen wurde immer deutlicher, dass die wahren Dimensionen des Projektes der Öffentlichkeit vorenthalten wurden. Wir fordern, dass die KMW eine detaillierte Rechnung vorlegen, welche CO₂-Emissionen das Kraftwerk verursachen wird. In Zeiten, in denen alle Welt sich Gedanken darüber macht, wie CO₂-Emissionen reduziert werden können, ist es völlig inakzeptabel, dass unsere Lokalpolitiker ein Vorhaben abnicken, dessen Klimaauswirkungen im Dunkeln bleiben.“ Bisher haben die KMW erklärt, das geplante Kraftwerk würde jährlich ca. 3,6 Mio. Tonnen des Treibhausgases CO₂ ausstoßen. Dies würde bereits dem Ausstoß von Mainz und Wiesbaden zusammen entsprechen.

Vergangene Woche wurde in Paris der neuste Weltklimabericht vorgestellt, der von den 500 namhaftesten Klimaforschern der Welt geschrieben wurde. Ergebnis: Der Klimawandel wird verheerende Auswirkungen haben und dafür ist der Mensch mit seinen immensen Treibhausgas-Emissionen verantwortlich. „Wenn selbst die Bild-Zeitung titelt ‚Schockender Weltklima-Bericht – Unser Planet stirbt!‘ sollte das doch eigentlich den letzten Mainzer Hinterbänkler wach rütteln“, wundert sich Hassenpflug über das Mainzer Laisser-faire in Bezug auf die gigantischen CO₂-Emissionen des geplanten Kohlemeilers.

Gerade Angesicht dieser dramatischen Entwicklung muss auch bei der Suche nach Alternativen zum Kohlekraftwerk das Prinzip „Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser“ Anwendung finden. Bis heute wartet KoMa auf einen Nachweis, dass der Einsatz eines breiten Mix aus erneuerbarer Energien, Energieeffizienz und hocheffizienter Block-Heiz-Kraftwerke ernsthaft geprüft wurde. Gleiches gilt für die Aussage Gas wäre nicht zu wirtschaftlichen Bedingungen erhältlich. „Wenn man diese Prüfung denjenigen überlässt, die erklärtermaßen ein Kohlekraftwerk bauen möchten, so darf man sich nicht wundern, dass jede Alternative über Nacht kaputt gerechnet wird“, findet Hassenpflug. „Wir fordern deshalb, dass renommierte Institute wie das Wuppertal-Institut oder das Ökoinstitut zu Rat gezogen werden.“